

ist Österreichs fester Wille. Es heißt für Österreich daher, diese wesentlichste Bestimmung des Vertrages von St. Germain und der heutigen europäischen Ordnung gewissenhaft einhalten, wenn es, angesichts der von ernstesten Gefahren bedrohten Weltlage, dafür Sorge trägt, nötigenfalls alles, was in seinen eigenen Kräften liegt, zur Wahrung seiner allseitigen Unabhängigkeit beitragen zu können und damit erst den anderen Staaten, die an dem selbständigen Bestand eines unabhängigen Österreich interessiert sind, die Gewähr bietet, daß deren Bestrebungen und Hilfsbereitschaft zur Erhaltung dieser Unabhängigkeit mit dem Willen eines verteidigungsbereiten österreichischen Volkes in Einklang stehen.

Das Bundesdienstpflichtgesetz stellt einen Ausfluß der Souveränität Österreichs dar. Die Bundesregierung glaubt, dem österreichischen Volk nicht länger die Möglichkeit vorenthalten zu können, nötigenfalls sein Land und seine Unabhängigkeit wirksam zu verteidigen.

Eine ihrer Pflichten bewußte Regierung darf die gerade jetzt rapid zunehmende Diskrepanz nicht außer acht lassen, die hinsichtlich der Möglichkeiten der Verteidigung der Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit zwischen dem österreichischen Volk und sämtlichen anderen europäischen Völkern klafft. Ein Regime, das diesen elementaren Notwendigkeiten nicht unverzüglich gerecht zu werden verstünde, könnte die Verantwortung für die weitere geregelte Entwicklung der Geschehnisse des österreichischen Volkes nicht auf sich nehmen.

Anläßlich der Überreichung dieses Aide-Memoires haben die österreichischen Gesandten auftragsgemäß die Erwartung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß nunmehr alle bezüglich des Bundesdienstpflichtgesetzes im Auslande aufgetauchten Zweifel über Wesen und Gründe des erwähnten Gesetzes zerstreut werden.«

Auf diese Gegenäußerung ist keine Antwort von seiten der beteiligten Staaten bekannt geworden. Es darf daher angenommen werden, daß die Lossagung von Teil V des Vertrages von St. Germain und der an seine Stelle getretene neue militärische Status Österreichs zur Kenntnis genommen worden ist.

Raschhofer.

Die Tragweite der Beistandsverpflichtungen aus dem Balkanpakt auf der Belgrader Tagung des Ständigen Rates der Balkanentente

Vom 4. bis 6. Mai 1936 tagte in Belgrad der Ständige Rat der Balkanentente unter dem Präsidium des Vertreters der Türkei, des Außenministers Rüstü Aras. Jugoslawien, Griechenland und Rumänien wurden durch die Außenminister Stoyadinowitch, Metaxas und Titulesco vertreten.

1. Die Auswirkungen des italienisch-abessinischen Konfliktes und der italienischen Politik in Albanien, deren Einfluß in den wirtschaftlichen

und finanziellen Verträgen vom 19. III. 1936¹⁾ einen weiteren Ausdruck gefunden hat, bestimmten vor allem die Verhandlungen. Nach der vorhergehenden Pressepolemik zu urteilen, schien der Zusammenhalt der Balkanentente in Frage gestellt zu sein, und die Gesamtsituation wurde im allgemeinen als ernst bezeichnet²⁾. Bei den Verhandlungen mußte man mit einem griechisch-türkischen Block rechnen. Diese Tatsache wurde durch den vorhergehenden Besuch des türkischen Vertreters Rüstü Aras in Athen unterstrichen und kam besonders in den beiderseitigen Trinksprüchen und in der Presseerklärung Rüstü Aras'³⁾ zum Ausdruck.

Die Tagesordnung wurde nicht veröffentlicht; überhaupt lag über den Verhandlungen ein gewisses Dunkel. Im Journal des Nations vom 5. Mai 1936⁴⁾ wurden als Gegenstand der Verhandlung folgende Punkte angeführt:

»La remilitarisation des Détroits par rapport aux intérêts spécifiques de tous les Etats balkaniques à ce sujet;

Les relations générales avec la Bulgarie et le problème d'un accès à la mer Egée que la remilitarisation des Détroits pourrait éventuellement soulever;

L'attitude de la Grèce quant à l'interprétation des obligations provenant du pacte balkanique;

Les répercussions européennes du conflit italo-abyssin;

Les récents accords conclus par l'Albanie avec l'Italie;

Les liaisons dynastiques conclues dernièrement par la Cour royale de Tirana;

L'approbation des résultats du Conseil de l'Entente Balkanique qui s'est réuni à Bucarest.«

2. Völkerrechtlich ist hierunter vor allem die Frage nach der Tragweite der Beistandsverpflichtungen von Interesse. Art. 1 des Balkanpaktes bestimmt⁵⁾:

»La Grèce, la Roumanie, la Turquie et la Yougoslavie garantissent mutuellement la sécurité de toutes leurs frontières balkaniques.«

Der Inhalt der Worte »toutes leurs frontières balkaniques« ist nicht völlig eindeutig. Wenn man darunter alle Grenzen der Balkanstaaten verstehen wollte, so wäre der Zusatz »balkaniques« überflüssig⁶⁾. Daher

1) Der Telegrammwechsel anlässlich der Vertragsabschlüsse weist darauf hin, daß die italienisch-albanische Zusammenarbeit damit einen neuen Antrieb erhalten habe. — Vgl. Giornale d'Italia vom 24. 3. 1936. Im einzelnen siehe unten S. 594 f.

2) Messenger d'Athènes vom 3. 5. und 10. 5. 1936.

3) Messenger d'Athènes vom 3. 5. 1936.

4) Vgl. auch Messenger d'Athènes vom 3. 5. 1936.

5) Vgl. S. d. N. Rec. des Traités Vol. 153—154 (1934—35) Nr. 3514, S. 154, (registriert am 1. 10. 1934).

6) Vulcan: Le Pacte balkanique, Rev. gén. d. droit intern. publ. Bd. 41 (1934), S. 434.

ist anzunehmen, daß damit eine Einschränkung in geographischem Sinne¹⁾ beabsichtigt war. Daß in der Wahl des Wortes »leurs« eine Beschränkung nur auf die den Paktmitgliedern gemeinsamen Grenzen zum Ausdruck gebracht werden sollte²⁾, ist unwahrscheinlich, denn in Punkt 2 des den Pakt präzisierenden Annexprotokolls vom 9. Februar 1934 heißt es³⁾:

»Son but est de garantir la sécurité des frontières balkaniques contre toute agression de la part d'un Etat balkanique.«

Zu den Balkanstaaten gehören aber außer den Vertragsstaaten auch Albanien und Bulgarien.

Daher wird richtigerweise die Gewährleistung der Sicherheit auf alle die Grenzen zu beziehen sein, die zwei Balkanstaaten gemeinsam haben⁴⁾.

Grundsätzlich richtet sich die Gewährleistung nach Punkt 2 des Auslegungsprotokolls nur gegen Angriffe eines Balkanstaates. Punkt 3 dieses Protokolls bestimmt aber weiter⁵⁾:

»Néanmoins, si l'une des Hautes Parties contractantes est victime d'une agression de la part de toute autre Puissance non balkanique et si un Etat balkanique se joint à cette agression, soit simultanément, soit ultérieurement, le Pacte d'Entente balkanique produira ses pleins effets, à l'égard de cet Etat balkanique.«

Der Vertrag soll also seine Wirkungen nur »à l'égard de cet Etat balkanique« entfalten. Die von dem griechischen Außenminister Maximos bei Beratung⁶⁾ der Ratifikation in der Kammer und im Senat gegebene Auslegung⁷⁾, daß Griechenland aus dem Vertrag keine Verpflichtungen erwachsen würden, die es in einen Krieg mit einer Großmacht verwickeln könnten, ist insoweit rechtlich haltbar, wenn es auch kaum denkbar erscheint, daß das Vorgehen gegen den angreifenden Balkanstaat nicht auch zu kriegerischen Verwicklungen mit dessen Verbündeten führen würde. Nur auf Grund der Erklärung Maximos' jedenfalls gab die Opposition ihre Stimme für die Ratifikation⁸⁾.

1) Für den Unterschied zwischen dem geographischen und politischen Balkanbegriff vgl. Bajkic: Der Balkan. Ein Beitrag zu den Friedensbestrebungen der Balkanstaaten. Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 42 (1935), S. 298 ff.

2) Radovanovitch: L'entente balkanique devant le droit international — Rev. d. droit internat. et de législation comp. (de Visscher) 1935, S. 698.

3) S. d. N. Rec. a. a. O. S. 156 (ebenfalls registriert am 1. 10. 1934). Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 327.

4) Papanastasiou: Le Pacte d'Entente balkanique; Les Balkans Bd. 5, S. 3; Vulcan a. a. O. S. 435.

5) S. d. N. Rec. a. a. O. S. 156.

6) Die Beratungen fanden Mitte März 1934 und Anfang April 1934 statt. Vgl. Messenger d'Athènes vom 16. 3. 1934, Times vom 3. 4. 1934.

7) Miller: The Balkan Pact, in Contemporary Review Bd. 145 (1934), S. 534. M. d'Athènes vom 16. 3. 1934.

8) Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 327; Times vom 7. 3. 1934; La Parole Bulgare vom 15. 4. 1936.

Die in der Erklärung enthaltene Rechtsauffassung trifft für Bulgarien nicht zu, wenn man das die Verpflichtungen präzisierende Protokoll vom 17. März 1934 heranzieht. In Punkt 5 dieses noch nicht offiziell bekanntgegebenen Protokolls heißt es ¹⁾:

»Si une puissance non-balkanique se joignait à l'agression bulgare, ..., et cela soit simultanément soit ultérieurement, le Pacte d'entente balkanique produirait ses pleins effets à l'égard de cette Puissance.«

Eine andere derartige Erweiterung der Beistandspflichten im Falle eines Angriffes eines Balkanstaates mit Unterstützung eines Nicht-Balkanstaates ist in den bekannt gewordenen Bestimmungen nicht enthalten. Im übrigen hielt man auch den Fall einer Unterstützung Bulgariens durch einen Nicht-Balkanstaat wohl kaum für wahrscheinlich ²⁾. Insbesondere war keine Bestimmung getroffen für den Fall, daß Albanien mit Unterstützung Italiens zu einem Angriff gegen Jugoslawien schreite. Es ist allerdings in der Presse die Behauptung aufgetaucht, daß durch ein weiteres Protokoll vom 3. Juni 1934 die Mitglieder der Balkanentente weitere Beistandspflichten übernommen hätten. Der Text eines solchen Protokolls ist nirgends veröffentlicht worden.

Während man bisher wohl der Auffassung war, daß Albanien von militärischen Schritten gegen Jugoslawien schon allein wegen des Bestehens der Verpflichtungen der Mitglieder der Balkanentente zum gegenseitigen Beistand absehen würde, ließ anscheinend die engere Verbindung Albaniens mit Italien und die Spannung zwischen Italien und der Balkan-Entente die Gefahr eines kombinierten italienisch-albanischen Angriffs auf Jugoslawien in den Bereich der Möglichkeiten treten. Deshalb ist es verständlich, wenn Griechenland jetzt eine Präzisierung seiner Verpflichtungen für einen solchen Fall verlangt hat. Es hat anscheinend geltend gemacht, ein von Italien abhängiges Albanien ³⁾ gehöre im politischen Sinne nicht mehr zu den Balkanstaaten, was zur Folge hätte, daß die Garantie sich nicht mehr auf die jugoslawisch-albanische Grenze erstreckt ⁴⁾. Demgegenüber sollen Jugoslawien und Rumänien eine Erweiterung der Beistandspflicht auch für den Fall eines Angriffes seitens eines nicht zu den Balkanmächten gehörenden Staates beabsichtigt haben ⁵⁾.

Genau läßt sich der Gegensatz der Ansichten und insbesondere der griechische Standpunkt, der auf der Tagung vertreten worden ist, nicht feststellen. Auch aus den in der griechischen Presse gemeldeten Zusammenkünften der Parteiführer vom 2. und 6. April 1936 ⁶⁾, die der

¹⁾ Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 609; Revue des Nations, Juni 1934, S. 62 ff.

²⁾ Vgl. hierzu Papanastasiou, a. a. O. S. 3 ff.

³⁾ Über die Albanienfrage vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 611 ff.

⁴⁾ Temps vom 6. 5. 1936, Times vom 7. 5. 1936.

⁵⁾ Times vom 2. 5. 1936.

⁶⁾ Mess. d'Athènes vom 1. 4., 3. 4., 4. 4., 6.—7. 4.

Festlegung der griechischen Forderungen und der Klärung der alten auch parteipolitischen Streitfrage dienen, läßt sich kein Anhalt gewinnen. Anscheinend hat man sich dort darauf geeinigt, die erwähnte Auslegung Maximos' ausdrücklich zur Anerkennung zu bringen. Hierbei soll auch über das angebliche Protokoll vom 3. Juni 1934 verhandelt worden sein ¹⁾. Das Schlußkommuniqué dieser Zusammenkünfte führt lediglich aus ²⁾:

»Heureusement une pleine concordance de vues est intervenue entre le gouvernement et les chefs des partis sur toutes les questions de politique extérieure et leur gestion a été laissée au gouvernement« ³⁾.

3. Das Ergebnis der Beratungen der Balkanentente ist nicht bekannt gegeben worden. Die Pressemeldungen widersprechen sich ⁴⁾. Auch die Erklärungen der teilnehmenden Minister lassen den konkreten Inhalt der Ergebnisse nicht erkennen. Man bemühte sich, lediglich die gefestigte Solidarität und die Anerkennung des griechischen Standpunktes zu unterstreichen. Zu erwähnen ist folgende Erklärung Stoyadinowitch's im Messenger d'Athènes vom 7. Mai:

»Nous avons reconnu que la déclaration interprétative qui fut faite devant les Chambres helléniques concorde pleinement avec l'esprit du Pacte Balkanique et que les engagements de la Grèce, formulés de façon nette, concernent purement les frontières balkaniques.«

Hervorzuheben ist auch eine Erklärung Metaxas' nach Rückkehr von der Konferenz an die griechischen Journalisten ⁵⁾:

»Nous sommes allés à Belgrade avec le mandat de faire adopter les décisions prises en accord complet lors des réunions des chefs des partis politiques sur la politique étrangère de la Grèce. Nous nous sommes acquittés de ce mandat; non sans difficultés. En arrivant, nous avons trouvé une atmosphère trouble. Je me suis immédiatement entretenu avec le premier ministre yougoslave, dissipant le trouble et jetant les bases d'un accord définitif. L'accord intervenu est entièrement conforme aux vues tracées par les leaders politiques.

Des mesures politiques et militaires ont été envisagées pour maintenir l'Entente Balkanique contre ceux qui tenteraient de la troubler. Je suis obligé de garder le silence sur la nature de ces mesures.

¹⁾ Mess. d'Athènes vom 3. 4. 1936.

²⁾ Mess. d'Athènes vom 7. 4. 1936.

³⁾ Zur Besprechung der Tagungsergebnisse fand nochmals eine solche Zusammenkunft statt. In dem Kommuniqué hierüber heißt es nur: »Le président du conseil a fait un long exposé de ses conversations à Belgrade relativement au Pacte Balkanique et à l'accord intervenu avec les autres membres de l'Entente Balkanique en ce qui concerne les obligations découlant pour la Grèce de ce Pacte. Les chefs des partis ont été d'accord.« (Messenger d'Athènes vom 11.—12. 5. 1936.)

⁴⁾ Temps vom 8. 5. 1936, anders Berliner Börsen-Zeitung vom 8. 5. 1936, DAZ. vom 7. 5. 1936.

⁵⁾ Journal des Nations vom 8. 5. 1936.

Le pacte balkanique ne constitue pas une alliance politique militaire, mais il est défensif.

.....

Tous les points obscurs du pacte balkanique sont éclaircis et précisés par un échange de lettres entre les représentants de la Turquie, de la Grèce et de la Yougoslavie. Les obligations de la Grèce ont été nettement définies. «

Unter letzterem wird man vor allem die Verpflichtungen Griechenlands bei einem italienisch-jugoslawischen Konflikt zu verstehen haben. Es ist möglich, daß Griechenland seine Auslegung der bestehenden Verpflichtungen zur Anerkennung gebracht hat, wenn auch das Schlußkommuniqué, dessen Kompromißcharakter deutlich erkennbar ist, dies nicht gerade wahrscheinlich macht: ¹⁾

»Le Conseil permanent de l'Entente Balkanique a tenu du 4 au 6 mai à Belgrade, cinq séances sous la présidence de S. E. M. Rüstü Aras, ministre des Affaires étrangères de Turquie, président en exercice de l'Entente Balkanique.

Toutes les questions inscrites à l'ordre du jour ont été discutées dans l'esprit le plus amical et ont trouvé la solution que commandent l'intérêt national des quatre pays intéressés ainsi que celui de la sécurité balkanique et le maintien de la paix générale à laquelle l'Entente Balkanique entend rester fidèle plus que jamais. Le plus parfait accord a été constaté entre les quatre ministres des Affaires étrangères sur toutes les questions qui ont fait l'objet de leurs délibérations.

La Grèce a précisé sa position vis-à-vis des Etats balkaniques dans le sens d'un accroissement de solidarité entre ces signataires à la satisfaction unanime des membres du Conseil permanent.

La politique de l'Entente Balkanique étant basée sur l'intangibilité des frontières actuelles et sur le respect de la sécurité, le Conseil permanent a envisagé les moyens les plus efficaces pour en assurer la stricte application dans la région de l'Europe où vivent les Etats balkaniques.

Le Conseil permanent a aussi précisé le point de vue de l'Entente Balkanique sur les grandes questions internationales à l'ordre du jour. Le Conseil permanent a décidé de se réunir à nouveau d'abord à Genève, au moment de l'Assemblée de la Société des Nations en 1936, puis quelque temps après à Athènes. «

v. Merkatz.

Die Note der türkischen Regierung vom 11. April 1936 an die Signatarmächte der Lausanner Meerengenkonvention vom 24. Juli 1923²⁾

En 1923, lorsque la Turquie a consenti à Lausanne à signer la convention des détroits consacrant la liberté de passage et la démilitarisation, la situation générale de l'Europe, aux points de vue politique et militaire, présentait un aspect totalement différent de celui qui se présente aujourd'hui.

¹⁾ Journal des Nations vom 7. 5. 1936.

²⁾ Dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Telegramm vom 10. 4. 1936 mitgeteilt, S. d. N. Journ. Off. 1936, S. 504. — Die Stellungnahmen der Regierungen zu dem